

KIRCHENSTEUER

# Firmen müssen weiterhin zahlen

**Die Landeskirchen setzen sich gegen die FDP durch: Bernische Firmen müssen weiterhin Kirchensteuern bezahlen. Dafür sprach sich gestern eine klare Mehrheit im Grosse Rat aus. Auch in der FDP bleiben nicht alle standhaft.**

Der Versuch wird in vielen Kantonen in regelmässigen Abständen unternommen – meist erfolglos. Auch die bernische FDP scheiterte gestern beim Versuch, eine der am schwierigsten zu erklärenden Steuern abzuschaffen: die Kirchensteuer für Firmen, die schweizweit 20 Kantone kennen. Anders als natürliche Personen können Unternehmen nicht aus der Kirche austreten, um dieser Steuer zu entgehen. Deshalb verlangte die FDP via Motion: «Religionsfreiheit für Unternehmerinnen und Unternehmer».

Brigitte Bolli (FDP, Bern) betonte im Rat, im Kanton Bern seien Kirche und Staat nicht richtig getrennt, was sich auch

in staatlich besoldeten Pfarrern äussert (siehe Kasten). Die Kirchensteuer für Firmen, so Bolli, sei grundrechtlich unhaltbar und ungerecht, sie entspreche einer Ungleichbehandlung und verletze die Religionsfreiheit.

**Vier Freisinnige kippten**

Sie wurde nicht erhört. Die Debatte zeigte, wie gross der Rückhalt der Landeskirchen (Evangelisch-Reformierte, Römisch-Katholiken, Christkatholiken) nach wie vor ist. Sie hatten, wie mehrere Redner anmerkten, schriftlich bei den Parteien interveniert und für die Beibehaltung der Steuer geworben.

Das Lobbying war mit Erfolg gesegnet: Der Grosse Rat zwingt die Firmen weiterhin, die Kirchen mit jährlich rund 28 Millionen Franken mitzufinanzieren. Mit 119 zu nur 20 Stimmen bei 13 Enthaltungen lehnte er den Vorstoss ab. Nicht mal die FDP stand geschlossen hinter ihrer Forderung – und so kam es, dass die Motion, die 23 FDP-Grossräte mitunterzeichnet hatten, gestern nur noch von 19 Freisinnigen unterstützt wurde. Mit ihnen stimmte ein-

zig Jürg Scherrer (FSP, Biel); die Enthaltungen stammten aus SVP, EDU und FDP.

In der Debatte wurde immer wieder betont, wie wichtig das soziale und kulturelle Engagement der Kirchen seien. Auch Regierungsrat Werner Luginbühl (SVP) betonte, wenn man diese Steuer abschaffe, müsse der Staat einen Teil der Aufgaben übernehmen. Er argumentierte weiter, auch Unternehmen profitierten von der Tätigkeit der Kirchen.

Bemerkenswerte Vorschläge kamen von Adrian Kneubühler (FDP, Nidau) und Roland Näf (SP, Muri). Kneubühler sagte als Kirchenmitglied, er ärgere sich, weil Nichtmitglieder für Hochzeiten, Beerdigungen und dergleichen nichts bezahlen müssten; von ihnen könne man doch Gebühren verlangen. Näf regte eine «Wahlsteuer» an, bei der jeder Steuerzahler sagt, welche soziale Institution sie erhält.

Brigitte Bolli wiederum betonte, sie anerkenne, dass die Kirche viel Gutes tue. «Aber das machen viele andere Organisationen auch.» **FABIAN SCHÄFER**

KIRCHENSTEUER

## 28 Millionen im Jahr

Die Unternehmen im Kanton mussten 2006 rund 28 Millionen Franken an die drei Landeskirchen abliefern. Diese nahmen total um die 200 Millionen Steuerfranken ein, der Anteil der Firmen beläuft sich

also auf 14 Prozent. Von den 28 Millionen aus den Firmenkassen gingen 20 an die Evangelisch-Reformierten, 8 an die Römisch-Katholiken und rund 70 000 Franken an die Christkatholiken. Das Geld wird an-

teils mässig – je nach Stärke der Kirchen in der jeweiligen Gemeinde – verteilt. Laut Regierung macht die Kirchensteuer 2,8 Prozent der Gewinnsteuer aus. **fab**



PFARRERLÖHNE

## Alle zahlen für Pfarrer

Die Kirchensteuern, die vom Staat eingezogen werden, sind im Kanton Bern beileibe nicht der einzige Berührungspunkt zwischen Staat und Kirche. So stehen zum Beispiel sämtliche Pfarrer der drei Landeskirchen auf der staatlichen Lohnliste. Um sie zu entlohnen, gibt der Kanton Bern im Jahr immerhin

rund 70 Millionen Franken aus, wie auf der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion zu erfahren ist. Mit anderen Worten: Alle Moslems, Juden oder Atheisten, die im Kanton Bern steuerpflichtig sind, finanzieren die Arbeit der Landeskirchen mit, auch wenn sie keine Kirchensteuer bezahlen. **fab**



Das Lächeln täuscht: FDP-Grossrätin Brigitte Bolli und Kirchendirektor Werner Luginbühl waren sich gestern gar nicht einig.

Walter Pfäffli